

IHK: Das Problem wird nicht gelöst, sondern nur verlagert

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Neubrandenburg warnt eindringlich vor Einschränkungen für den Lkw-Verkehr. Hauptgeschäftsführerin Petra Hintze und Ralf Pfoth, Leiter Geschäftsbereich Grundsatzangelegenheiten, gehen im Interview mit Frank Wilhelm davon aus, dass das Problem allenfalls verschoben wird. Für beide ist der angekündigte Eingriff aber auch Ausdruck für viele Beispiele, mit denen wirtschaftliche Entwicklung im Nordosten behindert wird.



Petra Hintze

FOTO: UDO ZANDER



Detlef Pfoth

FOTO: WILHELM

ähnliche Regelungen auch für die brandenburgischen Orte kommen.

Hintze: Die Folgen wären fatal: Die Verkehrsströme würden an uns vorbeilaufen. Unser Standortnachteil würde noch einmal verschärft.

Die Diskussion um Mirow sehen Sie aber nur als ein Indiz für eine insgesamt wirtschaftsunfreundliche Atmosphäre?

Hintze: Ich würde das nicht als wirtschaftsunfreundlich, sondern eher als entwicklungshemmend bezeichnen.

Zunehmend beobachten wir die Situation, dass man sich erst einmal gegen alles stellt, viele Projekte kaputt geredet werden, ehe ihnen überhaupt die Chance gegeben wird, den normalen behördlichen Genehmigungsangang zu durchlaufen. Da fällt mir oft nur der profane Satz ein: Ich bin für alles, aber bitte nicht vor meiner Haustür!

An welche Beispiele denken Sie?

Hintze: Es geht um ein Grundverständnis. Für uns ist jedes kleine Pflänzchen,

das wirtschaftliches Wachstum bringen kann, wichtig. **Pfoth:** Wir haben ein Beharrungsproblem in Deutschland. Jede Veränderung wird abgelehnt, weil sie natürlich erst einmal Unruhe bedeutet. Solch eine Haltung ist aber gefährlich für den Standort Deutschland, der nun einmal kaum auf Rohstoffe bauen kann. Unsere Stärken sind Wissen und Forschergeist. Wenn weite Teile der Gesellschaft aber erst einmal gegen alles Neue und jede Veränderung ist, werden diese Stärken natürlich torpediert.

Landrat Kärger hat die Sperrung der Ortsdurchfahrt Mirow veranlasst. Was soll schlecht an der Sperrung sein?

Hintze: Auch wir können die Sorgen und Bedenken der Bürger aus Mirow natürlich verstehen. Wir haben aber ein grundsätzliches Problem: Bei der B 198 handelt es sich um eine Bundesstraße. Im Zusammenhang mit dieser Widmung muss auch der Lkw-Verkehr zu jeder Zeit gewährt werden. Wenn der Landrat hier eingreift, sehen wir vor allem ordnungspolitische Probleme.

Pfoth: Eine Sperrung von Bundesstraßen für Lkw über 12 Tonnen wäre zulässig, wenn es sich um so genannten Maut-Ausweichverkehr handelt. Laut vorliegendem Gutachten trifft das für Mirow nicht zu.

Diese Einwürfe werden den Mirowern nicht helfen?

Pfoth: Wir sind nicht gegen die Bürgerinitiative in Mirow. Im Gegenteil, wir finden es sehr gut, dass die Bürger so vehement die Umgehungs-

straße fordern. Wir lehnen aber den Zwischenschritt – also die Nachtspernung – ab.

Hintze: Das Problem hat sich die Politik selbst geschaffen. Jahrelang wurde den Mirowern eine Umgehungsstraße versprochen. Nur ist das Versprechen nicht eingelöst, sondern das Projekt immer wieder weiter nach hinten verschoben worden. Mit dem jetzigen Schritt versucht die Politik das Problem scheinbar zu heilen, was nicht funktionieren wird.

Warum nicht?

Pfoth: Weil das Problem nicht gelöst, sondern nur verlagert wird. Und zwar nach Waren. Es liegt auf der Hand, dass die Laster auf die B 192 ausweichen werden.

Hintze: Abgesehen davon: Wie soll das Nachtfahrverbot kontrolliert werden. Unternehmer im Umkreis von 70 Kilometer um Mirow sollen ausgenommen werden. Wo sollen die Umleitungsschilder aufgestellt werden – das müsste ja weit vor Mirow geschehen? Und was passiert mit den Lastern, die dann nachts plötzlich doch vor der

Stadt stehen, weil die Schilder übersehen wurden?

Nun hat sich auch die Stadtvertretung Waren für ein Nachtfahrverbot ausgesprochen.

Pfoth: Allerdings. Wenn auch Waren dicht gemacht wird, stellt sich eine Frage, die sich jeder stellen muss: Welchen Weg sollen die Laster denn nehmen? Es bliebe dann eigentlich nur noch der Weg über die A 20 im Norden beziehungsweise über den Berliner Ring im Süden. Beide Varianten würden Transporte unverhältnismäßig verteuern, was letztlich wieder auf den Bürger zurück fällt, der das bezahlen muss. Ich befürchte, dass die Warener nicht die einzigen sein werden, die diesen Schritt gehen werden.

Welche Gemeinden haben Sie noch im Blick?

Pfoth: Die Orte an der B 96, für die es ebenfalls keine Ortsumgehungen gibt – beispielsweise Fürstenberg oder Gransee – schauen sehr genau auf Mirow. Ich befürchte, wenn dort gesperrt wird, werden

Nadelöhre in Mirow und Waren

In Mirow soll es demnächst ein Nachtfahrverbot für schwere Lkw geben. Die IHK geht davon aus, dass die Laster, die in Ost-West-Richtung unterwegs sind, dann nach Waren ausweichen. Das würde höchstwahrscheinlich auch mehr Lkw-Verkehr nach Neubrandenburg bringen.

